

„Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbereitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“

Das schnelle und bislang ungebremste Wachstum der gewaltbereiten neosalafistischen und rechtsextremen Szene aber auch die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete und Andersdenkende stellen Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Bei den Gegenmaßnahmen kommt, neben polizeilichen Handlungsformaten, der Radikalisierungsprävention eine wachsende Bedeutung zu.

Bisher gibt es im Bereich der Radikalisierungsprävention vor allem Projekte an Schulen, die auf eine universelle Prävention zielen. Das Projekt „Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbereitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“ richtet sich an junge Menschen, die erste Anzeichen einer Radikalisierung aufweisen und zielt darauf eine beginnende Radikalisierung zu unterbrechen und Hilfestellung für die Jugendlichen selbst, aber auch für Eltern und Lehrkräfte zu geben. Projektträger ist die Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V. in Düsseldorf. Finanziert wird das Projekt über drei Jahre von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Warum Schule?

Die Schule ist der einzige soziale Ort an dem alle junge Menschen über einen langen Zeitraum beständig anzutreffen sind. Aus diesem Grund arbeiten wir im Rahmen unseres Projektes eng mit sechs Schulen bundesweit zusammen.

Die Prämissen

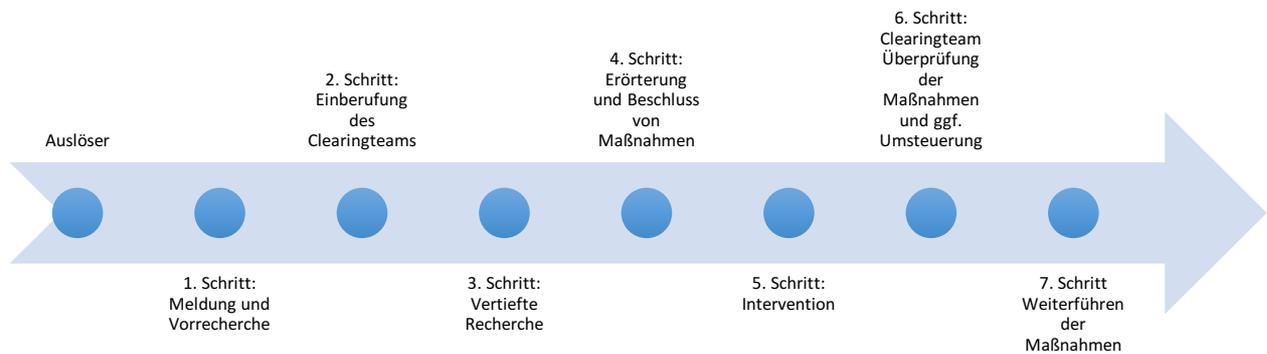
Um eine gelingende Prävention an den Schulen zu implementieren, ist es unerlässlich einen *gemeinsamen Präventionsbegriff* zu formulieren. Auch die *präzise Formulierung der Präventionsziele* geht hiermit Hand in Hand. Klar muss sein, was genau verhindert werden soll und wo die Prävention ansetzt. Klärungsprozesse in diesem Bereich sind daher so wichtig, weil nicht jede unliebsam erscheinende Form von Religiosität Gegenstand von präventivem Handeln sein kann. Auch die Zielgruppenproblematik stellt sich in der Präventionsarbeit. Um *Stigmatisierung und negative Markierung* zu vermeiden ist es wichtig, dass Zielformulierungen und Ansprachen keine bestimmte soziale, ethnische oder religiöse Gruppe im Lebensraum Schule gesondert hervorheben. Hier sollte auch betont werden, dass sich alle Akteure zwar auf *akzeptierte Indikatoren* für eine Radikalisierung verständigen sollten, diese aber niemals als eine Art Checkliste betrachtet werden dürfen, da es keine wissenschaftlich erwiesenen Indikatoren gibt, die eine Radikalisierung anzeigen können.

Für eine erfolgreiche Präventionsarbeit braucht es eine *funktionierende Steuerung*. Da alle relevanten Partner aus dem schulischen und nicht-schulischen Bereich in einem *Netzwerk* zusammenarbeiten sollen, braucht es

eine funktionierende Steuerung und einen Netzwerkmoderator. Dies sind in diesem Fall die pädagogischen Fachkräfte die an den Schulen arbeiten. Ihnen obliegt auch die Funktion des Monitorings eines Falls.

Das Clearingverfahren

Den Mittelpunkt des Modelprojekts bildet das siebenstufige hochstrukturierte Clearingverfahren das an den Schulen implementiert und erprobt werden soll.



Um negativ Markierung und Stigmatisierung zu vermeiden ist es wichtig, Hinweise die ein Auslöser für ein Clearingverfahren sein können genau zu prüfen. Erst wenn es sicher ist, dass Jugendliche mit ihrem Verhalten auf Überwältigung zielen oder aber gewaltbereites oder gewaltbefürwortendes Verhalten zeigen werden gemeinsam im Clearingteam pädagogische Maßnahmen beschlossen. Hierbei steht ein ganzes Bündel von Methoden und pädagogischen Maßnahmen zur Verfügung, die helfen sollen, eine Radikalisierung zu unterbrechen oder zu verhindern. Alle Maßnahmen und Schritte werden nach dem Mehraugenprinzip bearbeitet. Das Clearingverfahren soll bestehende Strukturen in Sozialraum und Schule zusammenführen und eine Vernetzung aller relevanter Akteure ermöglichen. Durch die Ressourcen, die in dem Clearingverfahren gebündelt werden, entstehen so neue Helfernetzwerke, die eine umfassende und nachhaltige pädagogische Intervention ermöglichen.

Neben dem Clearingverfahren wird es während der Projektlaufzeit an den projektbegleitenden Schulen auch flankierende Maßnahmen geben. Diese zielen vor allem auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schulen im Bereich der primären und Sekundären Radikalisierungsprävention. Hierunter fallen Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung der Lehrkräfte zu den Themen Islamismus, Salafismus und Rechtsextremismus. Aber auch für Schülerinnen und Schüler werden altersentsprechende Unterrichtsformate zu den vorhin aufgeführten Themenbereichen vorbereitet und durchgeführt. Darüber hinaus werden auch Themen wie Rassismus, Diskriminierung, Toleranz und Demokratie mit den Schülerinnen und Schülern besprochen.

Kontakt:

Lisa Kiefer (Projektkoordinatorin)

lisa.kiefer@die-agb.de

015234155643